

Bezugspreis:

Für die zweite Hälfte August 500000 M. voraus zahlbar. Unter Komp. band für die zweite Hälfte August für Deutschl. Danzig, Genua und Bismarckgebiet sowie Ostpreußen und Litauen 600000 M. für das übrige Ausland 650000 M.

Postbezugpreis (frei liegend). Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und Kleinanzeigen“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 29. August 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassen Lindenstraße 3

Belgiens Antwort an England.

Die belgische Antwortnote wurde heute vormittag veröffentlicht. Sie lehnt sich stark, sogar völlig an die französische Note an. Die Note erinnert an die gleichen Präzedenzfälle wie die französische Note und sucht eigentlich weniger die Begleitigkeit der Ruhrbesetzung zu beweisen als die

Inkonsequenz der englischen Regierung.

die früher mehrermale den Gedanken der Besetzung der Ruhr gehegt habe, um sie dann nachträglich als ungesetzlich zu bezeichnen. Die belgische Regierung lehnt sich bisher von der Diskussion über die Ruhrbesetzung ab, um ihr keine neue Nahrung zu geben, da andere Fragen die Aufmerksamkeit der Regierungen mehr beanspruchten. Die belgische Regierung erinnert an die einfache Wirtschaftskontrolle und die unsichtbare Besetzung, welche ursprünglich im Ruhrgebiet durchgeführt wurde und weist darauf hin, daß wenn der Charakter des Unternehmens geändert werden mußte, der Grund in dem Widerstand liege, den die deutsche Regierung organisierte, um die gemäß des Friedensvertrages getroffenen Anordnungen zum Scheitern zu bringen. Die Besetzung des Ruhrgebiets trage jedoch in den Augen Belgiens noch wie vor den Charakter einer einfachen Pfandnahme.

Für den Fall, daß der Widerstand zur Einstellung gelange, sei die schriftliche Rückkehr zur Lage vom 10. Januar vorgezogen. Das Pfand könnte Gegenstand interalliierteter Kontrolle werden. Uebrigens sei wiederholt Räumung des Ruhrgebiets in dem Maße, wie Deutschland seine Reparationsverpflichtungen erfülle, angefragt worden. Belgien könne also die ihm zugesicherte Absicht, esdgütlich im Ruhrgebiet zu bleiben, nicht zugeben.

Ebenso wenig könne es gestatten, daß ihm die Absicht unterstellt werde, den Vorschlag der englischen Regierung betreffend Inbetriebnahme produktiver Pfänder in Deutschland unter interalliierteter Kontrolle nicht in Erwägung zu ziehen, da ja Belgien keine bestimmten Angaben über den etwaigen Charakter und den Betrag aller dieser Pfänder erhalten habe.

Die Note erklärt, daß Belgien im Laufe des letzten Jahres der Umgestaltung seines Prioritätsrechtes zustimmen mußte, daß diese Umgestaltung immer zum Vorteil aller Alliierten ausgefallen sei. Die Aufrechterhaltung der Entente Cordiale ermöglichte, daß die belgische Regierung loyal ergeben sei. Die belgische Regierung erinnert daran, daß Deutschland den Aufstellungen der Reparationskommission zufolge in bar und Sachleistungen 5,5 Milliarden Goldmark bezahlt habe, wovon Belgien 1,72 Milliarden erhalten hat, England habe 1,297 Milliarden erhalten, Frankreich 1,175 Milliarden und die übrigen Länder 632 Millionen. Diese Aufstellung soll beweisen, daß Belgien nicht wie Lord Curzon erklärt hat, den überwiegenden Teil der deutschen Zahlungen erhalten, sondern davon höchstens ein Drittel.

Die belgische Regierung ist der Ansicht, daß die deutsche Reparationsschuld genau festgesetzt werden muß.

Sie unterstützt den Vorschlag der englischen Regierung, wonach die Reparationen und Kriegsschulden gemeinsam behandelt werden müssen. Die Note erinnert an die Reparationen und Kriegsschuldenforderung der einzelnen Staaten. Frankreich fordert 26 Milliarden Goldmark, indem es dabei seine Ansprüche auf die Obligationen C für die Ansprüche Englands und Amerikas reserviert, die sich auf 12 1/2 bzw. auf 13,1 Milliarden Goldmark, d. h. zusammen 25,6 Milliarden belaufen. Dagegen wäre Frankreich bereit auf 6 Milliarden Goldmark seiner Forderung an Italien und die Länder der Kleinen Entente zu verzichten. Italien habe ein Anrecht auf 5 Milliarden der Obligationen A und B und 8,2 Milliarden der Obligationen C, dagegen schulde es an Amerika 7 Milliarden, England 10 Milliarden und eine kleine Summe Frankreich. Belgiens Forderungen sind 5 Milliarden an Reparationen, Englands Forderungen 14,2 Milliarden. Die einzige unbekannte Größe sei jetzt noch die amerikanische Forderung an Frankreich.

Die belgische Regierung würdigt den Verständigungswillen und das Entgegenkommen, die bei der Festsetzung der Beträge den Ausschlag gegeben hatten. Nach den vorstehenden Angaben könne

die deutsche Schuld beträchtlich herabgesetzt werden.

Die technischen Studien, die den Alliierten unterbreitet worden seien, seien, mit welchen Mitteln Deutschland nach einer Uebergangsperiode imstande sein werde, Jahreszahlungen zu leisten, die dieser herabgesetzten Ziffer entsprächen. Die belgische Note legt dann in Erwiderung auf eine Einwendung der englischen Regierung genau dar, daß sie unter dem Ausdruck „zerstörte Gebiete“ den gesamten materiellen Schaden versteht, den alle alliierten Länder ermittelt hätten, also auch Großbritannien. Alles in allem könne Belgien nicht zulassen, daß die interalliierten Schulden der übrigen Mächte mit seinen eigenen Schuldverschreibungen C bezahlt würden. Wenn man im Londoner Zahlungsstatut Belgien insgesamt 10 540 Millionen zugesprochen habe, so sei festzustellen, daß ungefähr 40 Prozent des direkten Schadens, den Belgien erlitten habe, Belgien zur Last fallen würde. Man könne das neue und große Opfer ermessen, zu dem sich Belgien bereit erkläre, um zu

einer gemeinschaftlichen raschen Lösung des Problems zu kommen. Die Bedeuksamkeit des Opfers springe noch mehr ins Auge, wenn man das der belgischen Antwort beigegebene Dokument lese, das sich auf die Finanzen Belgiens, auf seine Belastung und auf die steuerlichen Anstrengungen, die Belgien auf sich genommen habe, beziehe.

Die Note kommt dann zu folgendem Schluß: Im zusammenzufassen, glaubt die belgische Regierung, daß zurzeit die Erörterungen hinreichend fortgeschritten sind, damit freundschaftlich verlaufende

Verhandlungen zwischen den alliierten Ministern

aufgenommen werden könnten, ohne daß es sich selbstverständlich um eine Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes zu handeln braucht. In der Tat sei ja in mehreren Punkten eine Verständigung erzielt. Die belgische Regierung betont schließlich noch einmal, welches Interesse Belgien an einer Lösung der Sicherheitsfrage habe.

Im Mittelpunkt des Interesses steht eine Unterredung, die der Sonderberichterstatter des Londoner „Daily Graphic“ mit dem Reichskanzler Dr. Stresemann hatte, in der dieser lebhaft für eine gemeinsame Verständigung zwischen Frankreich, England und Deutschland eintrat. Ein derartiges gemeinsames Uebereinkommen, führte er aus, sei der einzige Weg zur Wiederherstellung der Ordnung, des Friedens und der Wohlfahrt in Europa. Lassen Sie uns, sagte der Reichskanzler, gemeinsam arbeiten an der schnellen Lösung der entscheidenden Krise, an dem Wiederaufbau eines neuen Europa.

Dieser Gedanke der gemeinsamen Lösung der Ruhrkrise durch Deutschland und die Alliierten kommt auch in der Mitteilung zum Ausdruck, die nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ vom Reichskanzler auf diplomatischem Wege der englischen Regierung gemacht wurde. In dieser Mitteilung des Reichskanzlers heißt es, er denke nicht daran, in Sonderverhandlungen mit Frankreich einzutreten. Diese Stellungnahme ist, wenn sie zutrifft, durchaus zu begrüßen. Die deutsche Regierung spekuliert nicht auf etwaige Gegensätze zwischen den Alliierten. Sie hat offen und vor aller Welt ihre Verhandlungsbereitschaft bekundet und den Willen zum Ausdruck gebracht, alles zu tun, um den Ruhrkonflikt zu einem Ende zu bringen. Je eher die Alliierten untereinander zu einer Verständigung gelangen und die mit der interalliierten Schuldenfrage in Verbindung stehenden Differenzpunkte regeln, desto schneller wird sich auch der Verständigungswille Deutschlands realisieren lassen.

Mögllicherweise bedeutet die belgische Antwortnote einen weiteren Schritt auf diesem Wege. Allerdings sucht eine offiziöse Havas-Meldung diese Note als einen völligen Sieg des französischen Standpunktes darzustellen. Die aufmerksame Prüfung der belgischen Antwort gestattet aber eher die Annahme, daß Belgien nach wie vor bestrebt ist, insbesondere in der Frage der Ruhrbesetzung eine Brücke zwischen Frankreich und England zu schlagen und den Interessen Deutschlands in einigen Punkten entgegenzukommen.

Es wird sich nun vor allen Dingen um zwei Punkte handeln: einmal um die Frage, in welchem Maße es der neuen deutschen Regierung gelingen wird, durch energische Sanierung der Finanzen das Vertrauen des Auslandes zu gewinnen, und andererseits um die Regelung der Räumungsfrage. In der ersten Frage zeigen sich in der Stimmung des Auslandes bereits günstige Ansätze, die für die Lösung der Ruhrfrage von entscheidender Bedeutung sein können, wenn die bisher gemachten Anstrengungen in entschlossener und energischer Weise fortgesetzt werden. Und was die Frage des passiven Widerstandes und der Räumung des Ruhrgebiets betrifft, so hat der gestern von uns wiedergegebene Bericht des Genossen Thom Shaw an die Internationale den Weg skizziert, auf dem eine für alle Teile befriedigende Lösung der Ruhrfrage gefunden werden kann. In ähnlichem Sinne hat sich laut einer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ auch die ordnungsmäßige Vertretung der Ruhrbevölkerung, der Abwehrausschuh der besetzten Gebiete, der sich aus allen Bevölkerungsschichten rekrutiert, in einer Sitzung beim Reichskanzler geäußert. Wenn die deutschnationale Presse, geführt von der „Deutschen Tageszeitung“, sich nun, anlässlich des Berichtes Thom Shaws auf die Sozialdemokratie stürzt und die Dolchstoßlegende erneut aufwärmt, so beweist sie nur, daß das Maß ihrer politischen Strupellosigkeit nicht minder groß ist, wie das ihrer verbrecherischen Verantwortungslosigkeit, mit der sie bisher, insbesondere unter der Regierung Cuno, den äußeren Konflikt verschärft und die innere Abwehrkraft des deutschen Volkes auf das äußerste geschwächt hat. Wenn jemand Veranlassung hat, jetzt den Mund zu halten, so sind es die deutschnationalen Katastrophenpolitiker.

Der Prozeß Dehme.

Von Robert Breuer.

Leipzig, 28. August. (M.B.) Im Prozeß gegen den Berliner Journalisten Walter Dehme wurde heute mittag vom erstinstanzlichen Senat des Reichsgerichts das Urteil gefällt. Wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse und versuchter Spionage wurde Dehme unter Zuerkennung milderer Umstände zu einem Jahr Gefängnis verurteilt; 5 Monate der erlittenen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet; der Haftbefehl wurde aufgehoben, da Fluchtverdacht nicht vorliegt; auch von Stellung einer Kaution wurde Abstand genommen.

Nach der Urteilsbegründung hat der Senat als erwiesen erachtet, daß die von Dehme an das Transatlantische News Bureau gegebenen Berichte vom 27. Januar sowie vom 21. und 22. Februar 1923 straffällig sind und ebenso die Veröffentlichung des Berichts über eine Sitzung im Reichswehrministerium in der „Roten Fahne“. Wenn auch einige Tatsachen bereits durch Veröffentlichung der „Roten Fahne“ bekannt waren, so handelt es sich doch um einen eingehenden detaillierten Bericht. Bei seiner Intelligenz und politischen Einstellung mußte der Angeklagte erkennen, daß die Geheimhaltung im Interesse des Reiches geboten war. Auch um das journalistische Prestige zu wahren, hätte der Angeklagte solche Mitteilungen nicht weitergeben dürfen. Das Gericht hat jedoch angenommen, daß es sich bei den strafbaren Handlungen nur um einen Versuch handelt und dem Angeklagten infolgedessen mildernde Umstände zugebilligt, zumal sichtbare Schäden nicht eingetreten sind. Zugutegehalten wurde ihm auch, daß er für deutsche Stellen in der gleichen Weise tätig gewesen ist.

Vor dem Ferienenat des Reichsgerichts ist fünf Tage lang gegen den Journalisten Walter Dehme, der des Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse angeklagt war, verhandelt worden. Während der ganzen Zeit der Verhandlung war die Öffentlichkeit, inbegriffen die Presse, ausgeschlossen, außerdem ist den Teilnehmern des Prozesses ein Schweigegebot auferlegt worden. Als einer dieser Teilnehmer will ich mich bemühen, dies Schweigegebot zu wahren. Es scheint mir aber bringende politische Pflicht, allen Betrachtungen über den Prozeß die Feststellung voranzuschicken, daß während des ganzen Prozesses kaum irgend etwas erörtert worden ist, was nicht die volle Öffentlichkeit vertragen hätte. Es liegt die Annahme nahe, daß besonders das Ausland glauben könnte, es wären in Leipzig geheime Vorgänge, vornehmlich solche der deutschen Außenpolitik oder gar Maßnahmen des Reichswehrministeriums, verhandelt worden. Nichts dergleichen kam zur Sprache, nichts dergleichen lag vor. Es wäre darum zweckmäßiger gewesen, den Prozeß gegen Dehme in aller Öffentlichkeit zu führen. Es gab hier nichts zu verbergen, und selbst der spitzohrigste Vertreter Poincarés würde nichts, was längst alle Welt weiß, zu melden vermögen.

Person und Tätigkeit des wandlungsfähigen Herrn Dehme waren den in Berlin ansässigen Journalisten seit mehreren Jahren durchaus bekannt. Man wußte, daß er seine journalistische Tätigkeit mit der Tätigkeit eines politischen Agenten zu verbinden für angemessen hielt. Es war anzunehmen, daß er auch als Zwischenträger zwischen bestimmten Stellen der deutschen Regierung und Vertretern ausländischer Regierungen im großen und ganzen die Interessen Deutschlands nicht grüßlich verletzete, ihnen vielmehr dienlich sein wollte. Es war nicht minder anzunehmen, daß er dabei, dem Befehl solcher Tätigkeit verfallend, den Vertretern der fremden Mächte gegenüber sich manche Offenheit und wohl auch Indiskretion erlaubte, die der politische Journalist, soweit seine Tätigkeit vor aller Öffentlichkeit geschieht, zu vermeiden pflegt. Auch hier hat der Prozeß nichts Neues ergeben. Wenn Dehme benützt werden sollte, um von Vertretern des Auslandes mehr zu erfahren, als in den Zeitungen zu lesen war, so mußte er ihnen gleichfalls mehr geben, als ihnen sonst — sei es durch die Presse; sei es durch andere Beziehungen — zugänglich war. Der Prozeß hat nicht widerlegt, daß Dehme zum mindesten gelegentlich benützt worden ist, Nachrichten und Vorstellungen, die noch nicht Gemeingut der Öffentlichkeit waren, an Vertreter des Auslandes heranzubringen. Er hat dies nicht ohne Beschuldigung getan und hat dabei gewiß des öfteren beide Parteien befriedigt.

Ob letzten Endes seine deutschen Auftraggeber oder seine fremden Freunde mehr Vorteil von dieser Tätigkeit gehabt haben, ließ sich nicht feststellen, und dunkel blieb auch, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, wenn beide Parteien sich unvermittelt das gesagt hätten, was sie sich auf dem Umwege über Dehme zukommen ließen. Die schlechten Manieren sogenannter Diplomatie scheinen nun einmal unüberwindbar, wobei übrigens auch Vertreter Sowjet-Rußlands keine Ausnahme gemacht haben. Das Instrument, mit dem Dehme diesen Dienst vollzog, war eine Korrespondenz, die unter dem geheimnisvollen Titel „Wipost“ erschien und nur wenigen Persönlichkeiten, zumeist Vertretern fremder Missionen, zugänglich war. Diese Geheimkorrespondenz war maßgebenden Stellen des Auswärtigen Amtes bekannt. Es ist vollkommen

zu verstehen, daß diese Stellen keinen Wert darauf gelegt haben, die Dehmischen Geheimberichte vor deren Erscheinen zu genehmigen. Es wäre aber ein Leichtes gewesen, ohne solche Uebernahme der Verantwortung die Berichte regelmäßig zu kontrollieren, und es ist vollkommen unverständlich, warum das Gutachten des Auswärtigen Amtes, das der Anklageerhebung zugrunde lag, plötzlich einige dieser Berichte preisgab und so eigentlich eine Pflichtverletzung, zum mindesten eine erhebliche Ungeschicklichkeit der betreffenden Stellen des Auswärtigen Amtes konstatierte. Wenn Herr Dehne lästig geworden sein sollte, wenn man sich seiner nicht mehr bedienen möchte, und auf seine Dienste nicht mehr angewiesen war, so gab es hierfür wesentlich einfachere Mittel als das eines Prozesses vor dem Reichsgericht. Aber es scheint im Auswärtigen Amt, dessen ebenso unwissende wie hochfahrende Bureaucratie noch von keinem Minister, weder des Kaiserreichs noch der Republik, überwunden werden konnte, der einzelne nur seinen eigenen Tisch zu sehen, ohne sich darum zu kümmern, was im Nebenzimmer geschieht. Oder sollte etwa ein kleiner Nachküstling zwischen Machiavelli und Borgias haben dilettieren wollen?

Herr Dehne sollte es, die Wissenschaft, die er durch seine Nullfunktätigkeit gewann, noch anderweitig zu verwenden. Transatlantik im Haag hatte einen erstklassigen Korrespondenten gesucht. Herr Dehne hatte sich gemeldet und war angenommen worden. Er hat diesem Bureau, dessen Charakter verschieden beurteilt wird, das ein so prominenter Mann aber wie der Professor Thimme für einigermaßen deutschfreundlich hält, zum mindesten nicht weniger, offenbar mehr als Fischenbach und Gargas geliefert. Während aber diese vom Münchener Volksgericht zu mehr als zehnjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden sind, hat das Reichsgericht die Belieferung dieses in Holland stationierten Bureaus grundsätzlich nicht für Landesverrat erkannt. Diese Feststellung ist die wichtigste des Dehne-Prozesses, und ihrerwegen lohnt es sich vielleicht, daß dieser Prozeß überhaupt stattgefunden hat. Notwendig muß man das Urteil des Reichsgerichts als eine Korrektur des Münchener Fehlspruchs empfinden, und es darf wohl angenommen werden, daß endlich durch das Leipziger Urteil angeregt das bayerische Oberlandesgericht, dem die Nachprüfung des Münchener Urteils überwiesen worden ist, seinen Spruch tut, und daß es dabei das Reichsgericht zum Vorbild nimmt. Wer die Berichte, die Fischenbach und Gargas an Transatlantik gegeben haben, mit denen vergleicht, die Dehne dorthin gelangen ließ, kann keinen Wesensunterschied feststellen.

In zwei Fällen ist Dehne verurteilt worden. Wegen eines Berichtes über Unstimmigkeiten der Regierung bei Einleitung der Ruhrpolitik und wegen eines weiteren Berichtes über die Vorbereitungen zu einem bewaffneten Widerstand gegen den Ruhrereignis. Die Unstimmigkeit sei nicht nachgewiesen, und bei den Mitteilungen über die Vorbereitung bewaffneten Widerstands habe Dehne teils falsche Mitteilungen gemacht, teils solche, die mindestens in ihren Einzelheiten als geheime zu betrachten waren. Es ist schwer zu sagen, ob es heute überhaupt möglich ist, dergleichen Vorwissen oder auch nur Absichten geheimzuhalten. Man darf das wohl bezweifeln. Aber es ist jedenfalls geschmacklos und auch nicht gerade taktvoll, wenn ein deutscher Journalist dergleichen Mitteilungen an ein ausländisches Korrespondenzbureau weitergibt. Wichtig ist die Feststellung der Urteilsbegründung, daß diese Weitergabe an ausländische Stellen für eine innerpolitische Wirkung nicht notwendig gewesen wäre. Damit ist gesagt, daß innerhalb der deutschen Presse auch derartige Vorgänge erörtert werden dürfen. Das Reichsgericht hat damit ohne Zweifel zum Ausdruck bringen wollen, daß zum mindesten illegale Vorgänge innerhalb der Reichswehr oder Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Erscheinungen öffentlich behandelt werden können, ohne daß ein militärisches Geheimnis im Sinne des Gesetzes verletzt wird. Was der Oberreichsanwalt zu diesem Thema während des Prozesses vortrug, ging vielleicht nicht ganz so weit, war aber immerhin ein Fortschritt gegen die bisherige Praxis und gegen seine

eigene bisherige Kommentierung. Der Oberreichsanwalt sieht bei Nachrichten über Illegalitäten der Reichswehr oder Beziehungen der Reichswehr zu illegalen Vorgängen eine Verletzung des militärischen Geheimnisses nur dann, wenn behauptet wird, daß die zentrale Behörde, das Ministerium und der Minister mit solchen Ungeheuerlichkeiten einverstanden sind. Es bleibt die Frage offen, ob die Mitteilung, der Minister habe illegale Vorgänge, auch dann strafbar ist, wenn der Minister dies tatsächlich und nachweisbar tut.

Nicht unbedenklich ist ein Abschlag der Urteilsbegründung, wonach das Reichsgericht die Meinung ablehnt, daß der einzelne Staatsbürger das Recht habe, zu prüfen oder zu entscheiden, ob Nachrichten veröffentlicht werden könnten oder nicht, daß dies vielmehr nur durch die verantwortlichen Leiter der Politik entschieden werden könnte. Zweifellos falsch und der Verfassung widersprechend ist die gleichfalls in der Urteilsbegründung enthaltene Einschränkung der Immunität der Abgeordneten auf ihre Tätigkeit innerhalb des Parlaments. Ueber diese Rechtsauffassung wird noch zu reden sein. Wie überhaupt der Prozeß Dehne, nachdem er nun einmal durch die Ungeschicklichkeiten verschiedener Stellen nicht vermieden worden ist, noch mancherlei Gelegenheit geben wird, über die Nachrichtenpolitik des Auswärtigen Amtes, die weitere notwendige Einschränkung und Klärung der Begriffe des Landesverrats und des Verrats militärischer Geheimnisse zu sprechen, auch über die Frage, ob eine so mächtige Behörde, wie es die deutsche ist, überhaupt Geheimnisse zu verraten hat, und nicht zuletzt über das wirtschaftliche und geistige Elend der deutschen, den Verlockungen der Saluta ausgelegten Journalistik.

Stinnes verhandelt mit Frankreich?

Wieder einmal schwirren Gerüchte über bereits angestrebte Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und französischen Politikern durch die Welt. Herr Stinnes junior soll sich in den letzten Tagen in Wiesbaden mit maßgebenden französischen Wirtschaftspolitikern über die Verwaltung des rheinischen Eisenbahnnetzes durch fremde Kapitalien unter Beteiligung des deutschen Privatbesitzes ausgesprochen haben. Von amtlicher Seite glaubt man, diese Behauptungen als falsch bezeichnen zu dürfen. Wir wollen vorläufig diesen amtlichen Hinweis ohne Kommentar zur Kenntnis nehmen, um uns Ueberraschungen, die das Gegenteil beweisen könnten, nicht auszuweichen. Jedenfalls sollte die Reichsregierung unserer Wirtschaft, die bei jeder Gelegenheit das Bedürfnis hat, sich äußerlich, wenn es nichts kostet, national zu gebärden, keinen Zweifel darüber lassen, daß ausschließlich sie und kein anderer die Interessen des deutschen Volkes gegenüber einer anderen Macht zu vertreten hat. Das ist erforderlich, um die zur Erleichterung der Lösung des Ruhrkonflikts eingeleiteten Schritte des Kabinetts nicht zu durchkreuzen. Diese Schritte haben den Zweck, eine direkte Verständigung unter Beteiligung Englands herbeizuführen.

Freunde Poincarés.

Die „Deutsche Tageszeitung“ beschwert sich darüber, daß die Presse der Regierungsparteien ihre Angriffe wegen Steuererweiterung nur gegen landwirtschaftliche Kreise richtete und schweige, wenn Institutionen des Handels und der Industrie sich ebenfalls gegen die „erdrückenden“ Steuern wendeten. Wir wollen es zur Beruhigung der „Deutschen Tageszeitung“ an Unparteilichkeit nicht fehlen lassen. Poincaré hat in der Tat nicht nur unter den Großagrariern, sondern auch in der Industrie Freunde. Zu den sächsischen Industriellen geklärt sich jetzt auch — wie konnte sie fehlen! — die Münchener Handelskammer. Teumion meldet darüber:

Die Münchener Handelskammer hat an das Handelsministerium eine Eingabe gerichtet, worin mit Rücksicht auf die Durchführung der neuen Steuergesetze erklärt wird, daß die Betriebe

vor die Wahl gestellt sind, entweder die Steuern rechtzeitig zu zahlen, dann aber ihre Betriebe infolge finanzieller Ueberlastung zu schließen (1), oder die Steuern gar nicht oder nur teilweise zu zahlen. Es wird für unbedingt notwendig erklärt, in allen geeigneten Fällen im Staatsinteresse die erforderliche Stimmung zu gewähren.

Ein Blick in die Börsenberichte zeigt, was von diesem heuchlerischen Gerüde zu halten ist. Es hat ganz im Gegenteil die Erfahrung dieser Tage gezeigt, daß die bisherigen Steuern spielend getragen werden, daß der Druck auf die Wirtschaft, der notwendig ist, nur ganz vorübergehend angehalten und erneuter Flüssigkeit des Geldmarktes Platz gemacht hat. In Wahrheit werden die Steuern meistens nicht durch einen Griff in die Hofentasche, sondern in die Borsentasche bezahlt, ohne daß sie das gewohnte Treiben stören. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mancher — bei weitem nicht aller — Unternehmungen stammen aus der Ueberführung der Inflation und nicht aus dem Steuerdruck. Die Steueraboteure mit der Devise: „Möge Reich und Land zugrunde gehen — ich zahle nicht“, sind die besten Freunde, die Poincaré in Deutschland haben kann. Es versteht sich von selbst, daß insbesondere bei der Betriebssteuer in den Fällen schonend vorgegangen wird, in denen die Geldentwertung unlegbare Schwierigkeiten geschaffen hat. Die potenten Kreise, die seit langem sich auf Goldrechnung eingestellt haben, zu schonen, liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Die Handelskammern, die die Entwicklung zur Goldrechnung immer unterstützt haben, sollten, anstatt den Drückbergern Borwände zum Nichtzahlen zu liefern, das Reich unterstützen, das ohne Befundung der Finanzen den Ruhrkampf nicht mit Erfolg beendigen kann.

Wer wird Pressechef der Regierung?

Der Reichskanzler soll die Absicht haben, den Major a. D. und jetzigen Geheimrat im Preussischen Kommissariat für öffentliche Ordnung, Kalle, mit der Leitung der Presseabteilung der Reichsregierung zu betrauen. Dazu schreibt die „Frankf. Ztg.“:

„Wie wir schon meldeten, hat Reichskanzler Stresemann den freigeordneten Posten des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung dem als Geheimrat im preussischen Staatskommissariat für die öffentliche Ordnung tätigen Major Kalle angeboten; ob Herr Kalle den Ruf annimmt, steht noch dahin. In politischen Kreisen erregt diese Wahl Aufsehen und man fragt sich, was einen so gewiegten Talente wie Dr. Stresemann dazu veranlaßt haben könnte; lediglich die Parteifreundschaft kann für eine solche Stellung doch wohl nicht in Frage kommen. Major Kalle war Berufsoffizier und während des Krieges Militärattaché in Madrid. Es ist nach allem, was darüber bekannt ist, darüber fraglich, ob seine politischen Sympathien ihn befähigen, ein wirksamer Gehilfe des Reichskanzlers unter den jetzigen ungeheuren Schwierigkeiten zu werden. Vom Pressewesen soll der Major, den man in politischen und publizistischen Kreisen hier wenig kennt, nicht viel verstehen. Wenn man den kostspieligen Posten eines Ministerialdirektors der Presseabteilung überhaupt weiterführen will, so darf im öffentlichen Interesse verlangt werden, daß eine Persönlichkeit berufen wird, deren politische Stellung und berufliche Eignung von vornherein Gewähr für eine fruchtbare Arbeit gibt. Das Meiste erst dort zu lernen und sich die erforderlichen Sympathien erst nach und nach zu erwerben, dazu bleibt heutzutage keine Zeit.“

Wir hoffen, daß der Reichskanzler und das Reichskabinet den berechtigten Kritiken Rechnung tragen und die Leitung der Presseabteilung einem Manne anvertrauen, der vor allen Dingen seiner Vergangenheit nach die notwendige Eignung besitzt.

Die Mark in New York.

Während gestern der Dollar in Berlin amtlich mit 6,4 Millionen Mark bewertet wurde, hat die Mark in New York sich wieder etwas erholt. Nach dem New Yorker Geldkurs für die Mark würde sich eine Parität von 5,88 Millionen Mark für den Dollar ergeben. Das Ausland macht also die spekulative Treiberei gewisser inländischer Kreise gegen die deutsche Währung nicht mit.

Rezerieren von heute.

Poincaré.

Im September 1917 sagte der Geheimrat, daß die Engländer niemals wieder aus Calais herausgehen würden. Sie hätten sich dort auf den Boden der Taffache gestellt.

Ja, aber . . . sagte ich.

Da sagte er, das verstände ich nicht.

Im September 1923 sagte der Geheimrat, die Franzosen gingen im Leben nicht wieder aus dem Ruhrgebiet heraus.

Ja, aber . . . sagte ich.

Da erklärte er, ich würde alle Tage dümmen.

Jetzt weiß ich nur nicht, ob meine Pointe ebenso dumm ist wie ich.

Demokratie.

Racaulay hat gesagt: Wenn das Volk ruhig ist, so verlangt es nicht nach Freiheit, ist es aber unruhig, so ist es der Freiheit nicht wert.

Racaulay war ein englischer Geschichtsschreiber.

Wäre er ein deutscher Schriftsteller gewesen, so hätte er das selbe gesagt.

Aber nicht in ironischem Sinne.

Die Karriere.

Jener römische Kaiser hat gewünscht, daß das Volk nur einen einzigen Hals hätte, damit er ihn abschneiden könnte.

Heute ist man sich darüber klar, daß eine solche Politik durchaus despotisch wäre.

Wenn das Volk einen einzigen Kopf hätte, so würde der Organismus der Neuzeit etwas mit einem Trichter hineingießen.

Und während dieser Prozedur würde der Staatsmann der Neuzeit Schluß der Debatte beantragen und seine Politik für einstimmig angenommen erklären.

Die Relativitätstheorie.

Protagoras, der erste der Sophisten, lehrte in Athen, daß entgegengesetzte Behauptungen oder Wahrnehmungen gleich wahr sind, und daß es auf den Standpunkt des Individuums ankommt.

Glücklicherweise ist jetzt bewiesen, daß Protagoras' jüdischer Abstammung war, denn er hat die Einseitigkeit der Relativitätstheorie erunden, und die ist bekanntlich ein deutliches Zeichen des zerfallenden Ajudogismus.

Bargeldknappheit.

Als die Bargeldknappheit durch Ueberanstrengung der Notenpresse erfunden war, sann die Rationalökonomie auf Abhilfe. Schließlich erklärten sie, das Geld müsse, wie jede andere Ware, die knapp würde, rationiert werden.

Etwa in der Weise, daß die Mehrzahl der Bevölkerung gerade so viel erhalte, daß sie nicht mehr leben könne, während der Rest im Freiverkauf an die Minderzahl ausgeschüttet werden solle.

Aber diesen Zustand haben wir doch schon, erwiderte ich.

Freilich, aber wenn man ihn theoretisiert, hat das Volk Ehrfurcht vor so was.

Die Abschaffung der Klassenjustiz.

Es ist bekannt, daß noch niemals ein Kommerzienrat Holz gestohlen hat. Holz wird nur von den Holzdieben gestohlen.

Kommerzienräte dagegen begehen Effektendelikte, Preiserhöhungen und so.

Sobald bestraft man den Holzdiebstahl schärfer als den kleinen Rebenweg der Banken.

Als nun das Schlagwort Klassenjustiz auf gekommen war, beschloß man, das Rechtsgefühl und Rechtsvertrauen des Volkes zu befestigen. Zu diesem Zwecke wurde angeordnet, daß die Delikte nach Klassen einzuteilen sind, und daß jeder Einwohner um so schärfer zu bestrafen ist, wenn er die nicht seiner Klasse zugewiesenen Delikte begeht. Dagegen werden die zuständigen Delikte milder bestraft.

Seitdem ist ein Kommerzienrat mit den höchsten Zuchthausstrafen bedroht, wenn er Mundraub begeht, Holz stiehlt, bettelt, sich obdadales umhertreibt, Streifpropaganda ausübt oder Kartoffeln für seine Kinder von einem Rittergut requiriert.

Dagegen erhält er bedingten Strafausschub für die Effektensachen, Preiserhöhungen und so.

Das ist die Klassenjustiz.

Eine traurige Statistik. Die neueste Statistik über den Altersaufbau der preussischen Bevölkerung, die in der „Münchener Wochenschrift“ wiedergegeben wird, zeigt dieses wichtige Problem der Bevölkerungspolitik in einem trübenden Lichte. Danach betrug die Zahl der Kinder von 0—15 Jahren, die 1910 noch 35 Proz. der Bevölkerung ausmachten, 1920 nur noch knapp 29 Proz., und das trotz des Kriegsverlusts der Männer. Die Zahl der Männer von 20—50 Jahren betrug nämlich 1913 fast 8,5 Millionen, 1920 aber nur noch 7,7 Millionen. Die Zahl der Kinder von 6—15 Jahren sank von 5,1 Millionen auf 2,7 Millionen. Nach weiteren 5 Jahren wird danach der Anteil der Kinder von 0—15 Jahren an der Bevölkerung kaum mehr als 20 Proz. betragen und dann wohl noch unter 20 Proz. der Bevölkerung sinken. Demgegenüber ist im Vergleich von 1917 und 1920 die Sterblichkeit der kleinen Kinder und Schulkinder bei beiden Geschlechtern gestiegen, und die Messungen der Schulkinder und Schulentlassenen beweisen die Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes. „Eine an Zahl und zugleich an Kraft stark verminderte Jugend“, bemerkt dazu die Zeitschrift, „wird also nach einem weiteren Jahrzehnt in das Alter des Schaffens eintreten. Die Politik darf über der Sorge für das laufende Jahr die Sorgfalt für das nächste Jahrzehnt nicht aus dem Auge verlieren, sonst erwachsen uns Gefahren, die noch größer sind als die gegenwärtigen. Die auf die Hälfte und weniger verringerten Jahrgänge der Hyranwachsenden müssen gesund gemacht und gesund erhalten werden, und die Kräfte sind verpflanzet und berufen, hier tatkräftig mitzuwirken.“

Die Zukunft der Polarländer. Seit jeher nährt der Süden gegen den Norden ein Vorurteil, das unausrottelbar scheint. Schon Tacitus konnte es nicht verstehen, daß jemand die Ebenen Italiens oder die Küsten Afrikas verließ, um sich jenseits der Alpen ein Heim zu schaffen, und die ersten Reisenden betonten immer aufs neue, daß Britannien und Skandinavien für Menschen unbewohnbar seien. Man erinnert sich beispielsweise auch, daß 1867 Rußland Alaska für

7 Millionen Dollars abtrat, ein Gebiet, das im Jahre 1918 allein aus dem Verkauf von Kohlensteinen eine Einnahme von 22 Millionen Dollars erzielte. Kurz, der Beispieler für die Verleumdung des Nordens gibt es unzählige. In einem eben erschienenen Buch des Engländers Stephanson tritt der Verfasser diesem Vorurteil scharf entgegen. Wenn die Bevölkerung in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts im gleichen Verhältnis wächst wie in der Bergleichszeit des vorigen, so wird das Bessert bald so selten werden, wie es heute der Kavalar ist, führt der englische Schriftsteller aus.

„Die arktische Region, die insgesamt doppelt so groß ist wie das ganze Gebiet der Vereinigten Staaten, könnte angesichts ihrer ungeheuren Weidestrecken Rennreiter und Roshusoischen in Mengen zu Schlachtwedden bieten. Beide Tiergattungen eignen sich für das Klima und würden in jeder Jahreszeit Nahrung finden. Das Rennfleisch steht hinter dem besten Ochsenfleisch nicht zurück und ist überdies schon heute am Markt. Innerhalb von zwanzig Jahren könnte Nord-Alaska 1.250.000 Rennreiter zum Schlachten liefern, was dem Wert von 3.000.000 Hammeln gleichzuachten ist.“ Die Frage, ob man in der arktischen Region leben kann, beantwortet Stephanson mit einem entschiedenen Ja. Die Annahme, daß der hohe Norden überall ein entsetzlich kaltes Gebiet sei, beruht auf einem Irrtum. Es handelt sich auch gar nicht darum, unmittelbar am Pol zu wohnen. Daß man sich an große Kältegrade gewöhnt, beweist überdies die Tatsache, daß beispielsweise im State Montana die Kinder bei einer Kälte von 55 Grad Celsius täglich in die Schule gehen.

Schwere Strafen für Tierquälerei. Zwei junge Leute aus Birmingham, die in übermäßiger Laune einer Kuh einen Milchtopf an den Schwanz gebunden hatten, wurden kürzlich dafür zu je einem Jahr Zwangsarbeit verurteilt. „Wer an so grausamen Scherzen Gefallen findet“, erklärte der Richter, „bei der Urteilsverurteilung, soll sich nicht rühmen, daß er mit einer Geldstrafe davonkommt.“ Nicht minder streng zeigte sich ein Richter in Middleborough gegenüber einem Angeklagten, der in schwerer Trunkenheit eine Kuh mißhandelt hatte. „Gerade Betrunkene sind Tieren gegenüber stets grausam; die Trunkenheit kann deshalb nicht als Milderungsgrund angesehen werden“, erklärte der Richter und verurteilte den Angeklagten zu 21 Tagen Zwangsarbeit.

Im Renaissance-Theater werden von Donnerstag an wieder die „Athen“ gegeben.

Die gesammelten Werke von Hermann Löns will Dr. Friedrich Castelle (Grosstr. 16, Kollstr. 82) herausgeben. Er bittet alle Besitzer von ungedruckten Gedichten oder Briefen des Dichters um oder der Hermann Hesse & Becker, Verlag in Leipzig, diese Handschriften selbstweise zur Verfügung zu stellen.

Die Schlüsselschlüssel im Buchhandel beträgt von Wilmoos, dem 29. August, an 1.800.000 M.

Die Zunahme der österreichischen Bevölkerung. Nach der neuesten Statistik der Republik Österreich ist die Zahl der Lebendgeborenen in Österreich von 10.622 im Jahre 1910 auf 137.924 im Jahre 1920 und auf 144.728 im Jahre 1921 gestiegen, also pro Tausend von 17,96 auf 22,40 und 23,12. Dagegen ist die Zahl der Gestorbenen von 135.449 im Jahre 1919 auf 116.284 1920 und auf 104.599 im Jahre 1921, also von 20,33 auf 18,97 und 17,96 pro Tausend gesunken.

Berlins Volk zur Lage.

Unsere gestrigen Volksversammlungen.

Die außerordentlich starke Spannung, die sich seit dem Eintreten der Partei in die große Koalition in der gesamten werktätigen Bevölkerung bemerkbar macht, und sie bis zum letzten Mann in ständiger Erregung hält, kam sinnfällig in der großen Anzahl von Volksversammlungen zum Ausdruck, die die Partei gestern abend in Berlin zum Thema: „Unsere Not — unsere Zukunft“ veranstaltete und die sämtlich außerordentlich stark, zum überwiegenden Teil glänzend besucht waren. Auch die Kommunisten und die Anhänger der Arbeiterunion (Syndikalisten) hatten es sich nicht nehmen lassen, zu erscheinen, und es war auch dafür gesorgt, daß ihre Meinung durch den Mund ihrer „Führer“ oder jedenfalls durch solche Personen, die sich dafür hielten, zum Ausdruck kam. Weder die Kommunisten noch die Syndikalisten werden die geringste Klage darüber erheben können, daß man sie nicht ausreichend hat zu Worte kommen lassen und unsere Versammlungsleiter sorgten überall mit Aufmerksamkeit dafür, daß unsere Genossen und Anhänger auch den gegnerischen Ausführungen zuhörten. In einigen Versammlungen wurde in der Diskussion energisch die endliche Beseitigung Havensteins verlangt. Es beweist aber wiederum das große Maß von Vertrauen, das die Massen unseren Führern entgegenbringen, daß man nirgends Worte einer bitteren Kritik oder gar uferlosen Kritik hörte. Im Gegenteil, unter den klaren und entschiedenen Ausführungen unserer Redner festigte sich die Stimmung ganz unverkennbar, und wenn die Ausführungen unserer Redner oftmals von Zurufen der Zustimmung und zum Schluß mit starkem Beifall bedacht wurden, so war es der einhellige geschlossene Ausdruck eines Willens, der sich im Grunde genommen ganz klar darüber ist, wie ungeheuer schwierig die Situation ist, in der wir uns befinden, und daß es eines Höchstmaßes an Zurückhaltung und Geschlossenheit bedarf, um aus dieser gefährlichen Situation herauszukommen. Es war mitunter geradezu eine Freude zu beobachten, mit welcher geistigen Ueberlegenheit unsere Parteigenossen und Anhänger die Ausführungen der Kommunisten und Syndikalisten verfolgten und wie man sie — ein glückliches Zeichen für die Stimmung in unseren Kreisen — mit dem auch in schwierigen Situationen niemals versagenden Ziel- und treffsicherer Berliner Witz bedachte. Ein Beispiel nur für viele. Ein Kommunist begann höchst pathetisch mit dem Wort Karl Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Schlagfertig erwiderte es ihm aus den Reihen der Versammlung entgegen: „Ja wohl, aber ohne Hitler.“ Es war ganz klar, daß die armen Kommunisten einer derartigen Stimmung gegenüber einen außerordentlich schwierigen Stand hatten. Und es muß gesagt werden, daß die Ausführungen der kommunistischen Redner von einer trostlosen und unheimlichen, geradezu niederschmetternden Hilflosigkeit zeugten. Es fehlte auch nicht an Zwischenrufen, ganz abgesehen von den scharfen Worten, die unsere Redner in den Schlussausführungen fanden, die den Kommunisten zu Gemüte führten, welche Unheil durch den mißglückten Generalstreik damit über viele Arbeiterfamilien gebracht worden ist. Und in der Versammlung am Wedding war es Genosse Fuß, der darauf hinwies, daß täglich 600 bis 700 durch die Generalstreikparade der Kommunisten arbeitslos gewordene Männer und Frauen in ihrer Not zum Bezirksamt kommen. Infolge der offenkundigen Zurückhaltung der Führer und Sprecher bewahrten auch die anwesenden Kommunisten im allgemeinen Ruhe und die Erregung machte sich nur durch Zwischenrufe bemerkbar, die aber wieder sehr schnell aus den Reihen der Anwesenden gedämpft wurden. Mit besonderem Gram mag es die kommunistischen Redner erfüllt haben, wenn sie sahen, daß ihre mit großer Behemung herausgeschleuderten, aufgedorneten, knalligen Phrasen entweder wirkungslos verpufften oder von unseren überlegenen und kritisch denkenden Genossen glatt ausgelacht wurden. Gegen diesen uferlosen und lächerlichen Utopismus konnten unsere Genossen und Freunde mit Erfolg ihre unbeeugsame Entschlossenheit einsehen, der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand Befehl zu leisten und diese Gefolgschaft ständig zu verstärken.

Rachstehend die Situationsberichte, die uns gestern abend aus den einzelnen Versammlungen zugehen:

Wedding. Hier sprach in dem großen Garten des Pagenhofers-Ampfachs, Chausseestr. 64, vor einer dichtgedrängten Menge von etwa 2000 Personen der Genosse Dr. Wegl. Die Ausführungen des Genossen Wegl, die noch von einigen anderen parteigenösslichen Rednern unterstrichen wurden, fanden reichlichen Beifall. Einige kommunistische und auch ein syndikalistischer Redner versuchten ihre Weisheit an den Mann zu bringen, errangen aber vielfach keineswegs beachtliche Heiterkeitserfolge, denn sie mußten kaum einen gewissen Erfolg hervorzubringen. Genosse Wegl widerlegte, soweit es der Mühe wert war, zum Schluß die Kommunisten mit Leichtigkeit.

Mitte. Haberlands Festhalle waren schon um 7 Uhr überfüllt. Genosse Hitzel referierte vor einer auch stark mit Kopparbeitern durchsetzten Zuhörerschaft. Einem Kommunisten wurden in der Diskussion 30 Minuten Redezeit bewilligt. Er verzapfte das übliche krause Zeug, und starker Widerspruch ließ ihn endlich einsehen, daß man seinen Irrsinn nicht länger zuhören wolle. Genosse Adolf Hoffmann und der Referent verpflichteten die kommunistischen Redner unter den wiederholten Beifallstundgebungen der Versammlung.

Friedrichshain. Der geräumige Saal in der Königsbant in der Frankfurter Allee war dicht gefüllt. Ein beträchtlicher Teil der Besucher gehörte den Kommunisten an. Dem Redner, Genossen Stamper, gelang es aber mit vielfachen Unterbrechungen kein Referat zu halten. Der unglückliche Versammlungsleiter war es zu verdanken, daß die Ruhe aufrechterhalten blieb. Einem Redner der SPD wurde eine dreiviertelstündige Redezeit zubewilligt, die er weidlich ausnützte, die angebotenen Sünden der Sozialdemokratie aufzuzählen. Nach dem kommunistischen Redner erhielt ein unparteilicher Genosse das Wort, der die Lage in Rußland aus eigener Kenntnis schilderte und vor bolschewistischen Experimenten warnte. Entgegen dem getroffenen Abkommen versuchten die Kommunisten die Versammlung zu sprengen, was ihnen jedoch nicht gelang. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten nahm die Versammlung ein ordnungsmäßiges Ende.

Kreuzberg. In Graumanns Festhalle, in der Raun-Strasse, hatte die Genossin Schack das Referat übernommen. Schon lange vor Beginn der Versammlung zeigte es sich, daß der Saal nicht imstande war, die heranströmenden Massen zu fassen. Sehr stark waren die Frauen vertreten. Selbstverständlich hatten es auch hier einige Kommunisten sich nicht nehmen lassen, gleich bei Beginn der Kundgebung die bekannten Protestkundgebungen vom Stoppel zu lassen. Reicher Beifall durchschallte den Raum, als die Rednerin darauf hinwies, daß für uns die moralische Pflicht bestehe, die Regierung Stresemann-Hilferding zu stützen, um einer weiteren Verleumdung des deutschen Volkes vorzubeugen. Den Reigen in der Diskussion eröffneten die Kommunisten. Das Geschick der Anwesenden brachte den Reuten, die nur noch Barolen Postauer Art arbeiten können, eine unerwünscht schnelle Abfuhr. Im Schlusswort antwortete die Referentin den einzelnen Diskussionsrednern, worauf die Versammelten der vorgelegten Entscheidung mit überwältigender Majorität ihre Zustimmung erteilte.

Prenzlauer Berg. In der Böhm-Brauerei sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Künstler. Der große Raum der Brauerei war völlig überfüllt, alle Tische mußten hinausgeschafft werden und, obwohl immer neue Stühle herangeschafft wurden, mußten sich viele Hörer mit Stehplätzen begnügen. Auch diese Versammlung war mit Kommunisten stark durchsetzt. Genosse Künstler machte seine Ausführungen in denkbar größter Sachtlichkeit und alle, auch die zahlreichsten Gegner, hörten ihm vorerst in Ruhe zu. Als er dann auf Zwischenrufe einging und seinerseits der Name Reventlow fiel, entstand eine große Unruhe, galt es doch, den offenbar hochgeschätzten Mitarbeiter der „Roten Fahne“ lärmend zu verteidigen. Dem Vorsitzenden gelang es bald, die Ruhe wiederherzustellen und der Redner konnte, die Zwischenrufer scharf abfertigen, seine Ausführungen beenden. In der Diskussion sprach ein Kommunist, worauf nach langem Hin und Her ein Parteiloser zu Wort kam, der sich gut einstellte konnte. Eine Genossin fand dank ihrer warmherzigen Worte, sie sprach hauptsächlich im Rahmen der Frauen und verurteilte die Kräfte, lebhafteste Zustimmung. Nach ihr sprachen noch Redner verschiedener Richtungen, abwechselnd von Warm und Beifall unterbrochen.

In Neukölln fand eine Versammlung im Schuttheiß (Hasenheide) statt. Der Andrang war so stark, daß der große Saal sich bis auf den letzten Platz füllte und viele Teilnehmer dichtgedrängt in den Gängen standen. Zahlreich waren die Frauen vertreten, für die ja das Thema „Unsere Not“ von ganz besonderem Interesse sein mußte. In gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den Darlegungen des Referenten Reichstagsabgeord. Gen. Dr. Moses, und mit Heiterkeitsausbrüchen begleiteten sie die frächtige Abfuhr, die er den kommunistischen Zwischenrufern zuteil werden ließ. Seinem Appell an das Proletariat, das er zur Einigkeit mahnte, antwortete stürmischer Beifall. In der Diskussion ließen unsere Genossen bei der Wortmeldung den Kommunisten bereitwillig den Vortritt. Nacheinander sprachen fünf Kommunisten, darunter einige, die man beim besten Willen nicht zu den „großen Geislern“ rechnen konnte. Einen sofort aus der heiligen Not herausführenden Ausweg konnten auch sie nicht zeigen. Ihrem hohen Ueberchwang wurde von einem sozialdemokratischen Diskussionsredner und vom Referenten in dem Schlusswort entgegengetreten. Mit einem brausenden Hoch auf die Internationale und die SPD. endete die imposante Versammlung.

In Schönberg war die Aula der Uhlenschule, Kolonnenstraße, bis auf den letzten Platz gefüllt. Hunderte mußten mit einem Stehplatz fürlieb nehmen. Die Kommunisten waren ziemlich zahlreich erschienen und versuchten anfangs, die Versammlung zu sprengen. Als sie jedoch von unseren Ordnern energisch angefaßt wurden, trat Ruhe ein, und der Redner, Genosse Dr. Loewenstein, konnte sein Referat ohne weitere Zwischenfälle zu Ende führen.

Wilmersdorf. Im Viktoriagarten referierte vor überfüllter Versammlung Gen. Dr. Zechlin. Auch hier waren die Kommunisten zahlreich erschienen und machten sich von Anfang an durch Zwischenrufe bemerkbar. Mit nackten Tatsachen widerlegte der Referent den alten Phrasentram. In der Diskussion gab es für die Besserwisser keine Partei, außer der kommunistischen, die in der Lage wäre, das deutsche Volk vor dem Untergang zu retten. Dem Referenten war es im Schlusswort ein Leichtes und unter stürmischen Beifallstundgebungen der Versammlung alle Angriffe der Kommunisten zu widerlegen.

Steglitz. Die Aula der Oberrealschule in der Eifenstraße war glänzend besucht. Reichstagsabg. Gen. Brunner referierte. Die Kommunisten waren sehr stark vertreten. Sie hatten ihr ganzes „Sauglingsheim“ aufgebaut und machten sich mehrmals unliebsam bemerkbar. Da aber unsere Genossen sehr stark vertreten waren, wogten sie nicht, die Versammlung direkt zu stören. Daß sie ihre unerschöpflichen Weisheiten in der Diskussion zum Vortrag brachten, versteht sich. Auch die Ledebourgruppe und sogar ein Bürgerlicher traten in der Debatte auf. Unter stürmischem Beifall der Versammlung wurde das „Kleeblatt“ vom Referenten im Schlusswort abgeferigt. Mit einem Hoch auf die Internationale wurde die Versammlung geschlossen.

In Zehlendorf war die Versammlung sehr stark aus allen Kreisen der Bevölkerung besucht. Genosse Riekmann festelte die zahlreichen Zuhörer derart, daß er starken Beifall erntete. Redner legte zunächst auseinander, warum die SPD. sich in schwerster Stunde der Gefahr entlassen hat, sich an der Regierung Stresemann Anstoß zu berechnen. Die SPD. verfolgt nach wie vor ihr jahrelang erstrebtes Ziel, das Reichswirtschaftsminister Schmidt schon vor Jahren vorgezeichnet hat: Zuführung großer Mittel in die Reichskasse, Sicherung einer werbelfähigen Währung, der Volksernährung und damit der Republik. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch Erfüllung der Sachwerte und rücksichtsloseste Durchführung der erlassenen und noch erforderlichen Anordnungen. Die Aussprache unterstrich die Ausführungen des Redners recht deutlich. Nach einem kurzen Schlusswort des Redners wurde die sehr harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Lichtenberg. Die Aula in der Barlaue war überfüllt. Genosse Otto Meyer als Referent erntete für seine Ausführungen stürmischen Beifall. Die Kommunisten waren auch hier sehr zahlreich erschienen. Ihre Redner versuchten mit dem Schlagwort: „Arbeiter- und Bauernregierung“ Anhänger zu erwerben. Es half nichts. Die Massen trochen nicht auf den kommunistischen Eim. Unsere Genossen und der Referent im Schlusswort fertigten die Manthelden gründlich ab, so daß die Kundgebung mit einem vollen Erfolg der Sozialdemokratie ihrem Abschluß fand.

In Welshen. wo Genosse Pöhm in der überfüllten Aula des Realgymnasiums referierte, machten sich schon während des Referats etwa 50 Kommunisten durch Zwischenrufe bemerkbar. Sie schickten schließlich zwei Diskussionsredner vor, die in allgemeinen Phrasen sich gegen die Sozialdemokratie, insbesondere gegen die große Koalition wandten. Als die Debatte abgebrochen und der Referent das Schlusswort erhalten sollte, kümten die Kommunisten gegen das Podium, um durch wildes Geschrei und Pfeifen einen ordnungsgemäßen Schluß der Versammlung zu vereiteln. Der Vorsitzende ergriff kurzer Hand die Versammlung für geschlossen, so daß die Absicht der Sprengung auch hier gründlich mißlang. Unter Beifallrufen auf die Sozialdemokratie leerte sich der Saal.

Tankow. Die Versammlung im Kaffeehaus, Breite Straße, in der Genosse Heinig sprach, war überfüllt. Kommunistische Zwischenrufe erregten allgemeine Heiterkeit und gaben Veranlassung, den Schlagwortwurm der SPD. unter allgemeiner Zustimmung zu kennzeichnen. In der Diskussion kamen je zwei Redner der Sozialdemokratie und der Kommunisten zu Wort. Nachdem ein Schlussantrag mit großer Mehrheit angenommen war, verließen zahlreiche Kommunisten den Saal. Unter dem großen Beifall der Mehrheit kennzeichnete der Redner dieses Verhalten und nach einem Schlusswort wurde die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Johannisthal. Die Versammlung im Parkrestaurant war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Ausführungen des Genossen Riekmann fanden lebhaften Widerhall. In der Diskussion sprach zunächst der Kommunist Hassebach, später der Genosse Bessler. Als er auf Kadel zu sprechen kam und die Persönlichkeit Kadel's anzuwies, entstand ein großer Tumult. Die Kommunisten wollten den Genossen nicht mehr sprechen lassen. Es gelang jedoch, dem Genossen weiter zum Wort zu verhelfen, so daß er seine Ausführungen zu Ende bringen konnte. Die Sprengungsversuche der Kommunisten waren gescheitert.

Die kommunistischen Betriebsräte.

Weitere Auflösungsmaßnahmen.

Der preussische Minister des Innern hat am Dienstag dem kommunistischen „Zentralausschuss der Groß-Berliner Betriebsräte“ einschließlich seiner „Leitung“, deren „Bollzugsrat“ und seines Unterbaues, nämlich der „Werbeauschüsse“ und „Industriegruppenauschüsse“ auf Grund des § 14 in Verbindung mit § 7 Ziff. 4 und des § 19 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten. Dem Verbot ist eine ausführliche Begründung beigegeben. Weitere polizeiliche und strafrechtliche Maßnahmen sind eingeleitet. Veranlassung zu dem Vorgehen des preussischen Innenministers hat das Material gegeben, das am vergangenen Sonntag bei einer Hausdurchsuchung in der Zentrale der R.P.D. der Polizei in die Hände fiel.

Verhaftungen kommunistischer Stadtverordneter.

Nach einer Durchsuchung in der Münzstraße nahm die Polizei mehrere Verhaftungen vor. Unter den Festgenommenen befinden sich auch die kommunistischen Stadtverordneten Erglewicz, Ramrod, Schimann, Gröbe, sowie der Stadtrat Zörgeler.

Wir werden in der Abendausgabe das außerordentlich interessante Material veröffentlichen, aus dem der Preuss. Pressedienst Auszüge bringt. Die Protokolle der kommunistischen Bezirksleitungsversammlungen sind von so eindeutiger Offenheit, daß es der SPD. nicht leicht werden dürfte, den Eindruck zu verwischen, den diese Dokumente hinterlassen.

Neuregelung der Reichslöhne.

Am Dienstag nachmittag begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen über die Anpassung der Reichsarbeiterlöhne an die veränderten Haushaltskosten. Während bisher Donnerstags unter Zugrundelegung der zu Beginn der Woche festgestellten amtlichen Indizes verhandelt wurde, wird jetzt bereits Dienstags verhandelt, wobei die dann vorliegende Teilergebnisse der Erhebungen des Statistischen Reichsamtes die Unterlagen zur Neufestsetzung der Löhne bilden sollen. Bei den Donnerstags-Verhandlungen wurde der Index für 10 Tage vorausgeschätzt und dementsprechend der Lohn für die nächstfolgende Woche bestimmt. War der Index zu niedrig geschätzt und dadurch der Stundenlohn nicht ausreichend erhöht, so wurde ein Ausgleich in kalifizierter Form gewährt. Die neue Verhandlungsmethode sieht vor, daß der am Dienstag ermittelte Lohn schon am Freitag, also für die laufende Woche, bezahlt wird. Da der Index nicht mehr für 10, sondern nur noch für drei Tage vorausgeschätzt wird, hofft die Regierung auf zuverlässige Schätzungen der Nachzahlungen und Kalifizierung vermeiden zu können. Dadurch soll die Inflation aufgehalten werden. Die neue Verhandlungsmethode stellt allerdings erst einen Versuch dar. Den Dienststellen ist eine Normallohnabelle zugestellt worden, die es ermöglicht, nach jeder Verhandlung mit einem Multiplikator, der durch Kreistelegramm mitgeteilt wird, den zu zahlenden Lohn auszurechnen. — Für die Neuregelung der Beamtenbezüge wird in der Dienstag-Verhandlung der Termin festgelegt werden.

Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter führten gestern zu einer Festlegung der Lohnmehrzahl auf 1500 mit Wirkung vom 26. dieses Monats ab. Hiernach wird in der Ortsklasse A der Stundenlohn des Handwerkers 581 000 M., der des ungelerten Arbeiters 540 000 M. betragen.

Wirtschaft

Ungerechtfertigte Steuervergünstigungen.

Uns wird geschrieben: Eine Möglichkeit, ungerechtfertigt steuerliche Vorteile zu erreichen, bietet noch immer, jezt im vierten Jahre, der § 29 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes, also die Versteuerung des Einkommens nach einem vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahre. Die Wirkung dieser Bestimmung ist bei der Rhein-Ruhr-Abgabe und der jezt fälligen Einkommensteuerauszahlung ungeheuerlich. Ein Beispiel soll dies erläutern: Ein Landwirt mit 30 Hektar Besitz verleierte sein Einkommen nach dem Wirtschaftsjahr (1. Juli 1921 bis 30. Juni 1922) richtig mit 220 000 M. Die Einkommensteuer für 1922 beträgt etwa 20 000 M. Die Einkommensteuerauszahlung am 25. August 1923 beträgt nach dem 1600fachen des Vierteljahrsbetrags 6 000 000 M., die an gleichen Tage fällige Ruhrabgabe 16 000 000 M. Der gleiche Landwirt wird nun, da er keine Bücher führt, nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1922, das nach Berücksichtigung eines Abschreibungswertes nach § 33b auf nur 1 280 000 M.mäßig veranschlagt wird, mit rund 480 000 M. Steuer veranlagt. Die Einkommensteuerauszahlung beträgt in diesem Falle nach den 400fachen des Vierteljahrsbetrages 43 000 000 M., die Ruhrabgabe 88 000 000 M.

Je größer der in Frage kommende Fall, desto krasser ist der Unterschied. Für Industrie und Gewerbe ist der Unterschied nicht geringer. In jedem Finanzamt werden derartige Fälle zu Hunderten beobachtet, ohne daß Milderung möglich ist. Die großen und mittleren Landwirte und auch viele Industrielle, also die leistungsfähigsten Teile der Bevölkerung, mühen diesen Steuer Vorteil nunmehr im vierten Jahre aus. Nur ein rascher gesetzlicher Eingriff kann die Reichsfinanzen vor weiteren großen Verlusten schützen.

Die Stille der Geldleihe des Reiches. Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, wird die Ausfertigung der Stille der wert befähigten Anleihe des Reiches mit allen Mitteln beschleunigt. Es kann damit gerechnet werden, daß die Ausgabe der Stille, etwa in der Mitte der ersten Septemberwoche beginnt.

Verlängerung des Rheinisch-westfälischen Kohlenabkommens. Das Rheinisch-westfälische Kohlenabkommen teilt mit: Die Verlängerung der Geltungsdauer des Vertrages des Rheinisch-westfälischen Kohlenabkommens, der mit dem 30. September d. J. abläuft, ist bis zum 31. Dezember 1923 beschlossen worden.

Korfanth und Stinnes. Bekanntlich wurde in der polnischen Presse viel über dunkle Industriemänner Korfanth in Verbindung mit dem österreichischen Großindustriellen Bofel gesprochen. Korfanth veröffentlicht jezt eine Erklärung, in der er angibt, daß die Aktien der Korfanth- und Laurahütte befristet, in Verbindung getreten zu sein, um dessen Tätigkeit in Bahnen zu lenken die „für die österreichische Industrie“ günstig seien. Diese Tätigkeit ist angeblich hauptsächlich gegen Stinnes gerichtet und soll dem Zweck dienen, „Österreichien ausschließlich unter polnischer Einfluß zu bringen“.

Devisenkurse. Der Dollar stellte sich gestern amtlich, wie in größeren Teil der Abendausgabe bereits mitgeteilt war, im Mitteln auf 6,4 Millionen, das englische Pfund auf 29 Millionen, der holländische Gulden auf 2,5 Millionen. Der Kurstafel ist ferner nachzutragen: 1 finnische Mark 175 560 Geld, 176 440 Brief; 1 japanischer Yen 3 112 200 Geld, 3 127 800 Brief; 1 brasilianischer Milreis 574 560 Geld, 577 440 Brief; 100 österreichische Kronen 8977 Geld, 9023 Brief; 1 tschechische Krone 187 530 Geld, 188 472 Brief; 1 ungarische Krone 361,09 Geld, 362,21 Brief; 1 bulgarische Bune 59 850 Geld, 60 150 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 67 830 Geld, 68 170 Brief.

Finanzkatastrophe und städtisches Gesundheitswesen.

Da durch die Finanzkatastrophe immer mehr städtische Institutionen zum Erliegen kommen...

Das Gesundheitswesen befindet sich bei der verzweifeltsten Finanzlage der Gemeinden in einer außerordentlich schweren Krise...

Millionen-Verpflegungssätze.

Einige Zahlen dürften genügen, um die finanziellen Anforderungen, die die Krankenanstalten an die Stadt stellen...

Wie verteilen sich die Kosten?

Es dürfte wohl auch interessieren, zu erfahren, wie sich die Kosten auf die einzelnen Ausgabenposten verteilen...

Bürger aus ihren Wohnungen holen würden. Die Kosten für die Krankenhäuser werden getragen zu etwa 40 Proz. von der Armenverwaltung...

Diese kurzen Mitteilungen des Leiters des städtischen Gesundheitsdienstes lassen uns die immensen Schwierigkeiten erkennen...

Die Not der anderen Krankenhäuser. Eine Folge der Geldentwertung.

Die fortschreitende Geldentwertung droht alle nicht werdenden Unternehmungen zum Erliegen zu bringen...

Am Montag wurde in einer Versammlung des oben genannten Verbandes die Notlage dieser Anstalten erörtert...

gleich hohen Pflegejah die gemeinnützigen Anstalten weiter bestehen können. Er beträgt jetzt 2.200.000 M. pro Pflegejahr...

In der anschließenden Besprechung äußerten sich Vertreter mehrerer Anstalten und Vereine im Sinne dieser Forderungen...

Was wird aus der Straßenbahn? Wieder Zunahme der Fahrgäste.

Das Drahtlein in der Presse über das Schicksal der Straßenbahn nimmt kein Ende. Langsam fängt die Stimmung noch der ersten Erregung an...

Der Magistrat hält an seiner Absicht, eine städtische Straßenbahn-Gesellschaft zu bilden, fest und wird heute in seiner Sitzung die Satzungen der Gesellschaft verabschieden...

Neue Erhöhung bei der Hochbahn.

Die Hochbahngesellschaft wird am Donnerstag, den 30. August, ihre Fahrpreise um je 10.000 M. für die Einzelsfahrkarte erhöhen...

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

Nachdem Kilian diesen Gedanken in zahlreichen noch lebendigeren Bildern geschildert hatte, schloß er, jedermann mit Josef anredend...

Und er schlug dreizehn Stücke der vollständig zweifachen Dinger los an Leute, die begierig waren...

Zur festgesetzten Zeit aber lehrte er ins Hotel „Wildschwein“ und sang rath seinen Bahl...

Einträglich und schnell verließ ihm so der Markttag. Er kam zu keiner Besinnung...

Daran aber lag es nicht, daß sie angenommen hatte! Was ging das schließlich ihm an!

Süchtig war einmal ein bessener Fabrikant, so ein verfluchter Proß, zu ihnen ins Tingeltangel gekommen...

Aber er konnte sich das zehnte und zwanzigmal vorlesen: der Druck, die Not seines Herzens wich nicht von ihm...

Die mehr hatte er einen Menschen kennengelernt wie Sacharowitsch.

Mathilde? — Freilich! O, sie war gut gewesen, nur zu ungeduldig...

Sacharowitsch! — Den Tod muß man bezwingen, zu den Sternen gehen...

Da wandelte ihn die Sehnsucht an, allein zu sein, vor den Menschen zu fliehen...

Mit einem jähen Glanz in den Augen trat er an den Ofen und holte unter dem Tragestein hervor ein Kassabüchlein...

Er stemmte beide Arme auf den Tisch und starrte auf Büchlein und Münzen...

und riß es auf. Als ob eine Lawine niedergehe, so stürzte das Getöse der Aare herein...

Dann hatte er angefangen, sich auf den Handel zu werfen. Hatte das Inseratenblatt der Stadt durchschnüffelt...

Die ersten Tausend waren beieinander. Das Schwerste lag hinter ihm...

Wie die Aare toste, brüllte im Uebermaß ihrer Kraft! Weib! ein Verlangen...

Sacharowitsch! Sählings entführte Kilian aller Mut. Vor des Russen Auge konnte seine Eroberung keinen Bestand haben...

Wenigstens! Wo war sie denn, diese Menschenliebe? — Mit Arbeit war nichts zu verdienen!

Das war der Gewinn seiner Bernerjahre. (Fortsetzung folgt.)

